

Soziale Stadt

Aktuelle Informationen zum Bund-Länder-Programm

*info*3
Dezember 2000

Gutes neues Jahr!

Diesmal, liebe Leserin, lieber Leser, widmen wir uns im *info* keinem *einzelnen* Thema – eine ganze Palette von Ereignissen und Veranstaltungen auf Gebiets-, Länder- und Bundesebene im Zusammenhang mit der Sozialen Stadt bot so viel Berichtenswertes. Zum Beispiel der Wettbewerb Soziale Stadt 2000; gestartet im März 2000 stehen die Preisträgerinnen und -träger nun fest – keine leichte Auswahl, die die Jury unter rund 100 Projekten aus ganz Deutschland zu treffen hatte. Von vielen kamen Beiträge: von Städten und Gemeinden, Trägern der freien Wohlfahrtspflege und Wohnungsunternehmen, Vereinen und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern; entsprechend vielfältig sind die eingereichten Arbeiten. Die öffentliche Preisverleihung findet am 11. Januar 2001 im Kulturhaus WABE in Berlin statt – ein guter Auftakt für die Soziale Stadt im neuen Jahr. (Seiten 2-4)

Auf dem vom Difu und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen durchgeführten ersten Impulskongress zur Sozialen Stadt stand das Quartiermanagement im Mittelpunkt. Rund 300 für die Soziale Stadt Engagierte aus professioneller Praxis und bürgerschaftlichen Initiativen, aus Politik und Verwaltung debattierten Ende Oktober in Leipzig, wie

dieses zentrale Instrument des Programms zur Förderung der Selbstorganisation der Bewohnerinnen und Bewohner, zur Ressourcenbündelung sowie zur Vernetzung der lokal bedeutsamen Akteure am besten „funktioniert“. (Seite 5)

Auf Landesebene belegen zahlreiche Veranstaltungen – vom offiziellen Auftakt des Programms Soziale Stadt in Bayern über Tagungen von (Landes-)Arbeitsgemeinschaften in Sachsen und in Thüringen bis zu ersten Schritten in Richtung Programmevaluation in Berlin –, dass das Programm insgesamt an Fahrt gewinnt. (Seiten 9-11)

Wir blicken also – bei allen Anfangsschwierigkeiten, Unzulänglichkeiten und Kommunikationsdefiziten – auf ein gutes „altes“ Jahr für die Soziale Stadt zurück: Die Erfahrungen nehmen zu, differenziertere Positionen zur Programmumsetzung bilden sich aus, und die zentrale Rolle von Kommunikation, Kooperation und Vernetzung wird immer deutlicher. Für das neue Jahr wünschen wir Ihnen und uns Elan und Enthusiasmus, Spaß und Schaffenskraft, nicht zu vergessen die nötige Gelassenheit, um auch einmal innezuhalten...

Ihre Difu-Projektgruppe Soziale Stadt ■

i · n · h · a · l · t

Vom Kiezpark „Ein Platz für Marie“ bis zur „Kunstplatte“ – Die Preisträger des Wettbewerbs „Soziale Stadt 2000“ stehen fest	2
Impulskongress zum Quartiermanagement – Ein intensiver Erfahrungsaustausch vieler Akteure	5
„Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ – Starterkonferenz für Städte und Gemeinden	6
Evaluation und Monitoring in „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“	7
„Jetzt geh’s los!“ Auftaktveranstaltung „Soziale Stadt im Leipziger Osten“	8
Veranstaltungen auf Landesebene	9
Kurzmeldungen	11
Bestellschein	12
Impressum	6

Vom Kiezpark „Ein Platz für Marie“ bis zur „Kunstplatte“ – Die Preisträger des Wettbewerbs „Soziale Stadt 2000“ stehen fest



Im März 2000 lobte ein Zusammenschluss von sechs Institutionen und Unternehmen den Wettbewerb „Soziale Stadt 2000“ aus; über diverse Medien wurde eine breite Öffentlichkeit informiert und bundesweit zur Teilnahme eingeladen.

Wettbewerbsidee der Auslober

Hintergrund dieser Wettbewerbsidee ist das 1999 aus der Taufe gehobene Bundesländer-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Die Auslober sind davon überzeugt, dass in Stadtquartieren und großen Wohnsiedlungen – trotz aller Probleme, Spannungen und Konflikte – zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner beträchtliches Engagement zeigen, ehrenamtlich arbeiten und zur Selbsthilfe greifen, dass viele Kommunen, Wohnungsunternehmen und soziale Träger allerlei Anstrengungen zur Verbesserung der Lebenswelten unternehmen. Alle diese Kräfte – auch außerhalb der offiziellen Gebiete des Programms Soziale Stadt – sollen mit dem Wettbewerb emunert und unterstützt werden.

„Ein Platz für Marie“, ein von den Bewohnerinnen und Bewohnern zusammen mit Sanierungsträger (S.T.E.R.N.), Bezirk und Landschaftsplanungsbüros projektiertes und zu großen Teilen in Selbsthilfe gestalteter Kiezpark in der Marienburger Straße (Berlin-Prenzlauer Berg): Arbeit am Wandbild der Klasse 4c „Der Himmel über Berlin“.

Fotos: aus den Wettbewerbsbeiträgen

Potenziale und Chancen erkennen, Eigeninitiative entfalten

Nicht von den städtebaulichen Missständen, sondern von den Problemen und Chancen der Menschen her an die Aufgaben der Stadtentwicklung heranzugehen – so verstehen die Auslober ein Grundanliegen des neuen Programms. Das neue Denken, das darauf setzt, Potenziale und Chancen zu erkennen, Eigeninitiative zu entfalten, ist noch längst nicht Allgemeingut. Es verlangt, neue Bündnisse und Arbeitsweisen über die jeweiligen Fach- bzw. üblichen Ressort-Grenzen hinweg zu schaffen. Und es bedarf eines langen Atems und der Zuversicht: Erreichte Erfolge beim Zusammenleben der Menschen sind nicht so einfach erkennbar und „vermarktbar“ wie ein neu gebautes Haus oder ein sanierter Boulevard.

Bündelung der Kräfte

Der Kreis der Auslober selbst – AWO Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband; Deutscher Städtetag; GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen; Schader-Stiftung; vhw Deutsches Volksheimstättenwerk e.V. und BGW Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, die die Initialzündung gegeben hat – bildet die Zusammen-

arbeit ab und unterstreicht damit den Anspruch des Programms Soziale Stadt an Bündelung der Ressourcen und ressortübergreifende Arbeit. Als Geschäftsstelle des Wettbewerbs fungiert die vhw Bundesgeschäftsstelle in Berlin.

Rekordbeteiligung mit 101 Projekten

Zur Einreichungsfrist am 30. Juni 2000 hatten sich über 100 Projekte aus ganz Deutschland um den Preis „Soziale Stadt 2000“ beworben – aus Sicht der Beteiligten eine erfreulich starke Resonanz für einen erstmalig durchgeführten Wettbewerb. Die hohe Beteiligung ist besonders vor dem Hintergrund zu würdigen, dass von den Teilnehmerprojekten erste (Zwischen-)Ergebnisse ihrer Arbeit erwartet wurden.



„Ein Platz für Marie“: Einweihungsfest im Mai 1999.

Weites Spektrum der Träger und Regionen

Wettbewerbsbeiträge haben neben Städten und Gemeinden, Wohnungsunternehmen und Sanierungsträgern auch Träger der freien Wohlfahrtspflege, zahlreiche private Initiativen und Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern eingereicht. Die Projekte kommen aus allen Teilen Deutschlands, darunter rund ein Drittel aus den neuen Bundesländern. Beworben haben sich sowohl Projekte aus kleinen Ortschaften wie solche aus Millionenstädten. Die Verteilung der lokalen Herkünfte wie der beteiligten Projektträger spiegelt räumlich eine große Bandbreite wider. Strukturell ist erfreulicherweise eine überaus starke Beteiligung von Projektträgern zu verzeichnen, die nicht zu den großen institutionellen bzw. für die Stadtentwicklung typischen Trägern gehören. Neben Akteuren aus der freien Wohlfahrtspflege haben sich themenbezogene Vereine und Bündnisse als Zusammenschlüsse unterschiedlichster Organisationen aus dem sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Bereich in bedeutender Anzahl beteiligt.

Alte Bundesländer	Projekte
Baden-Württemberg	12
Bayern	9
Bremen	3
Hamburg	3
Hessen	3
Niedersachsen	10
Nordrhein-Westfalen	14
Rheinland-Pfalz	2
Saarland	2
Schleswig-Holstein	4
Summe	62

Neue Bundesländer	Projekte
Brandenburg	8
Mecklenburg-Vorpommern	3
Sachsen	5
Sachsen-Anhalt	6
Thüringen	7
Summe	29

Berlin	Projekte
Berlin ehem. Ost	4
Berlin ehem. West	6
Summe	10

Anzahl der Projekte	Städte und Gemeinden
10	Berlin
4	München
3	Bremen, Freiburg i.Br., Hamburg, Hannover, Mannheim
2	Dessau, Dortmund, Dresden, Frankfurt a.M., Karlsruhe, Köln, Lübeck, Nürnberg, Salzgitter, Stendal, Stralsund, Stuttgart
1	Bamberg, Bautzen, Bonn, Bottrop, Brandenburg/Havel, Bremerhaven, Brunsbüttel, Chemnitz, Cottbus, Duisburg, Erkrath, Göttingen, Großbreitenbach, Heiligenstadt, Hennigsdorf, Jena, Kaiserslautern, Kassel, Leinefelde, Leipzig, Lemgo, Lörrach, Lünen, Meiningen, Neumünster, Neuruppin, Neustrelitz, Neu-Ulm, Offenburg, Oldenburg, Passau, Perleberg, Porta Westfalica, Recklinghausen, Schwarzeide, Sömmerda, Storkow/Mark, Sulzbach/Saar, Syke, Trier, Velten, Viersen, Völklingen, Wolfen, Wolfsburg, Wuppertal, Zeitz, Zeulenroda

Projekteinreicher-Kategorien	Anzahl der Projekteinreicher	Anzahl der Wettbewerbsbeiträge
1. Träger der freien Wohlfahrtspflege	5	6
2. Vereine darunter: Bürger- bzw. Bewohnerinitiativen An Zielgruppen orientierte Vereine Sozialvereine	14 9 4 1	14 9 4 1
3. Bündnisse	12	12
4. Neue Gesellschaften (Soziale Dienste, Beschäftigung)	5	5
5. Sanierungsträger/ Stadterneuerungsgesellschaften	4	5
6. Architekten-/Planerbüros	5	5
7. Städte und Gemeinden	24	26
8. Wohnungsunternehmen (Wohnungsgenossenschaften, -gesellschaften)	22	24
9. Stiftungen	1	1
10. Tauschringe	2	2
11. Sonstige	1	1
Summe	95	101

Aufgabenfelder der Sozialen Stadt vertreten

Auch die thematische Bandbreite der eingereichten Arbeiten ist erstaunlich. Sie reicht von umfassenden Projekten in den „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ (vor allem in Nordrhein-Westfalen) über Beiträge des Quartiermanagements (überwiegend in Berlin), soziale Stabilisierungsarbeit in den so genannten überforderten Nachbarschaften, intensive Beteiligungsverfahren mit Übernahme von (Teil-)Projektverantwortung, integrierte Ansätze zur Vermeidung von Obdachlosigkeit bis hin zu selbstbestimmtem, generationenübergreifendem Wohnen im Alter und zu Kunstprojekten

als Beitrag zur Identitätsbildung. Allen gemeinsam ist das Verständnis, im jeweiligen Quartier zu einer sozialen Stadt beizutragen.

Ein Auswahlgremium der ersten Stufe bereitet die Arbeit der Juroren zur Findung der Preisträger vor. Zu ihm zählten zehn Vertreterinnen und Vertreter der Auslober und als externe Fachberaterinnen Dr. Heide Becker vom Difu, Monica Schümer-Strucksberg, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin, und Birgit Richter vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW).



„Wohnen plus“, Projekt der Glückauf Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH in Lünen. „Plus“ heißt vieles: organisierte Nachbarschaftshilfe, Bildungs-, Kreativ- und Freizeitangebote mit verschiedenen Kooperationspartnern, Seniorentreff, Kinderprojekte, Kommunikationszentrum, Bergarbeitermuseum und anderes mehr.



Expertinnen und Experten in der Jury

Die Mitglieder der Jury repräsentierten ebenfalls die unterschiedlichen Fachbereiche: Prof. Dr. C. W. Müller, Stellvertreter der Kuratoriumsvorsitzender des Sozialpädagogischen Instituts Berlin, em. Prof. TU Berlin; Prof. Dr. Adelheid Bonnemann-Böhner, M.A., Vorsitzende des Kuratoriums des Müttergenesungswerks; Folkert Kiepe, Beigeordneter des Deutschen Städtetages; Holger Tschense, Bürgermeister und Beigeordneter des Dezernats Umwelt, Ordnung und Wohnen in Leipzig; Willi Hoppenstedt, Vorstandsmitglied der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg; Prof. Dr. Hermann Korte, Kurator der Schader-Stiftung; Dr. Rotraut Weeber, Büro für Stadt- und Sozialforschung; Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Institut für Soziologie, Humboldt-Universität zu Berlin; Herbert Jaspert, ehem. Geschäftsführer der BGW Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft; MD Prof. Dr. Michael Krautzberger, Abteilungsleiter Bauwesen und Städtebau im BMVBW; Christine Wischer, Senatorin für Bau und Umwelt der

Freien Hansestadt Bremen und Dieter Cordes, Geschäftsführer Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH, der den Vorsitz übernahm.

Als Beurteilungskriterien legte die Ausschreibung fest: Ganzheitlichkeit und Kooperation, Beteiligung der Betroffenen, Nachhaltigkeit, Tragbare Kosten und Innovation. Nach zweitägiger Lese- und Auswahlarbeit Mitte November standen dann die Preisträger fest.

Preisträger und Anerkennungen

Die Jury sprach zehn Projekten gleichrangig die Preiswürdigkeit zu; fünf Projekte erhalten eine Anerkennung. Die ausgezeichneten Projekte stehen für die verschiedenen Aufgabenfelder bzw. Maßnahmenbereiche, wie sie im Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ der Baumministerkonferenz der Länder beschrieben worden sind.

- Die Preisträger sind (Nennungen ohne Rangfolge): *Sanierung Weingarten-Ost* des Forum Weingarten 2000 e.V. in Freiburg; *Quartiers- und Sozialmanagement in der Rollberge-Siedlung*, Berlin-Neukölln der Stadt und Land Wohnungsbauten GmbH; *Frauenbeschäftigungsprojekt Gbf-promotion* der Frauengruppe Großbreitenbach e.V.; *Junger Service Ostersbaum* des Stadtbetriebes für Weiterbildung in Wuppertal; *Waller Dorf* der WaBeQ Waller Beschäftigungs- & Qualifizierungsgesellschaft mbH, Bremen; *Wohnen plus* der Glückauf Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH in Lünen; *Treffpunkt Neckarstadt-Ost* der Vermietungsgenossenschaft Ludwig-Frank e.G. in Mannheim; *Ein Platz für Marie* der S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung in Berlin; *Planerladen e.V.* im Projektverbund Dortmund-Nordstadt;

Projekt *Kunstplatte* eines Vereins in Stendal.

- Anerkennungen erhalten: *Gerhard-Hauptmann-Siedlung in Köln-Holweide* des Amtes für Wohnungswesen der Stadt Köln; *ZAG – Zukunft aktiv gestalten* der AG für Sozialplanung und angewandte Stadtforschung e.V. in Berlin; *Bürgerbeteiligung in Hamburg-Wilhelmsburg* des Büros D*Ing Planung GbR in Hamburg; *Leipzig-Grünau als Stadterneuerungslabor* des Amtes für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig; *Integrative bauliche und soziale Sanierung eines Stadtteils mit besonderem Entwicklungsbedarf in Trier* der Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg eG.

Die Auslober werden die Preisträgerprojekte und die Arbeit der vielen, die darin steckt, im Rahmen einer Veranstaltung zur Preisverleihung am 11. Januar 2001 im Kulturhaus WABE in Berlin-Prenzlauer Berg würdigen. Darüber hinaus wird eine Dokumentation erstellt. Damit sollen die Arbeiten öffentlich bekannt gemacht und insbesondere der Erfahrungsaustausch befördert werden. Über gute Projekte soll man ja auch reden! Die Aufbereitung im Internet ist geplant.

Dies alles ist als Ergänzung zum Programm Soziale Stadt zu verstehen, dessen Programm- und Modellvorhaben durch das Difu betreut werden.

Roswitha Sinz
Wissenschaftliche Referentin, vhw Deutsches
Volksheimstättenwerk e.V.,
Bundesgeschäftsstelle Berlin ■



Quartiers- und Sozialmanagement in der Rollberge-Siedlung (Berlin-Neukölln), integriertes Handlungskonzept, z.B. Kopfskulpturen – gestaltet vom Mädchenladen Madonna.

Impulskongress zum Quartiermanagement – Ein intensiver Erfahrungsaustausch vieler Akteure

Das Quartiermanagement, eines der Schlüsselinstrumente zur Umsetzung des Programms Soziale Stadt, stand im Mittelpunkt des Impulskongresses, der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und dem Deutschen Institut für Urbanistik am 26. und 27. Oktober 2000 in Leipzig-Connewitz durchgeführt wurde. Dem Arbeitscharakter der Konferenz entsprachen auch die Tagungsräume: In „Werk II“, einer Industriehalle, bis zur Wende Produktionsstätte von Maschinen zur Prüfung von Werkzeugen und heute für kulturelle Veranstaltungen genutzt, fanden die Plenumsveranstaltungen statt; Klassenräume der Immanuel-Kant-Schule waren die Treffpunkte der Arbeitsgruppen.

Die Konferenz diente vor allem dem Erfahrungsaustausch zwischen mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den unterschiedlichsten Aktionsfeldern der Sozialen Stadt: von Quartiermanagement-Teams und lokalen Initiativen, aus Wohnungsunternehmen und Wohlfahrtsverbänden, aus kommunaler Verwaltung wie Planungs- und Beratungsbüros, von Bund, Ländern und Kommunen, von Universitäten und Fachhochschulen.

In seiner Begrüßung betonte Dr. Ulrich Klimke vom BMVBW, das Quartiermanagement sei als „lenkende Stelle auf Quartiersebene“ für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt besonders wichtig. Dr. Michael Feist vom Sächsischen Staatsministerium des Innern erläuterte die sächsische Landessicht, zu der es ge-



Dr. Michael Feist

höre, „die Entwicklungsziele und -schritte mit den Städten zusammen zu planen und sie ihnen nicht einfach vorzugeben“. Holger Tschense, Bürgermeister der Stadt Leipzig, teilte als „Erfahrung des ersten Jahres“ mit, „dass nur gemeinsames Denken, Handeln und Lernen aller Akteure letztlich zur Imagehebung und zur realen Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen kann“.

In einem ersten Podiumsgespräch ging es anschließend um Erfahrungen mit dem Quartiermanagement auf lokaler, kommunaler und auf Landesebene. Viele der bereits hier angesprochenen Aspekte wurden in den nachfolgenden Diskussionen immer wieder aufgegriffen: Hierzu gehörten beispielsweise die besondere Bedeutung von Verfügungsfonds oder Stadtteilmitteln, mit denen für die Quartiere wichtige Projekte und Maßnahmen schnell und unbürokratisch in direkter Entscheidung durch die lokalen Akteure realisiert werden können; die Rolle der Bevölkerung nicht als „Kunden“, sondern quasi als „Koproduzenten“; die Notwendigkeit eines flexiblen und engagierten Verwaltungshandelns und immer wieder der Stellenwert eines Erfahrungsaustauschs zwischen den Akteuren, um Kenntnis über die vielen bereits realisierten „wunderbaren Beispiele“, über *good practice* und die Überwindbarkeit von Handlungsbarrieren zu bekommen.

Der Vormittag des zweiten Tages war durch intensive Diskussionen in den 13 Arbeitsgruppen geprägt. Aufgegriffen wurde ein breites Themenspektrum, das auch die Vielfalt der Aufgaben des Quartiermanagements widerspiegelt: Aktivierung der Bevölkerung, Chancen und Probleme der Bündelung, Aufgabenstruktur und Qualifi-

kation, Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen, Miteinander von Deutschen und Migranten, Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft, Beschäftigung und Qualifizierung, Identitätsbildung und Öffentlichkeitsarbeit, Kunst und Kultur usw. Die Quintessenz aus den Arbeitsgruppendifkussionen wurde durch die gewählten Sprecherinnen und Sprecher im Rahmen zweier themenbezogener Podien gezogen.



Werk II Fotos: Monika Vielitz

gen: Beim Ersten ging es um Organisation und Management, beim Zweiten standen Chancen und Restriktionen für die Arbeit des Quartiermanagements sowie „Visionen“ für das Programm Soziale Stadt zur Diskussion. Der Vorsitzende der Fachkommission Städtebau der ARGEBAU (Arbeitsgemeinschaft der Bauminister der Länder), Rudolf Raabe, betonte abschließend, wie notwendig es sei, Strukturen zur längerfristigen Unterstützung in den Stadtteilen zu schaffen; mit Sicherheit werde eine Politikstruktur in der Gemeinde gebraucht, „die den Stadtteil ernst nimmt, eine Verwaltung, die sich auf den Stadtteil orientiert, Stadtteilbeiräte oder andere Organisationen, die sich um den Stadtteil kümmern“.

Die Dokumentation des Impulskongresses, Band 5 der Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, wird Ende Januar 2001 an alle Teilnehmenden verschickt und steht dann allen Interessierten zur Verfügung.

Difu ■

„Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ – Starterkonferenz für Städte und Gemeinden

In benachteiligten Stadtgebieten, so zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre, lässt sich die Abwärtsspirale aus Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Armut, Abspaltung von der Gesellschaft und Entwicklung krimineller Energien, in die vor allem Jugendliche geraten, durch den Zusammenschluss lokaler Akteure nicht nur aufhalten, sondern sogar ins Positive verkehren. Von entscheidender Wirksamkeit ist überdies die Beteiligung von Jugendlichen an der Entwicklung ihres Quartiers.

Diese Erkenntnisse greift das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – E & C“ des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf, indem es vor allem die integrative Kinder- und Jugendarbeit stärker fördert. E & C besteht aus vier thematischen Programmbestandteilen (weitere Informationen unter www.eundc.de):

- Freiwilliges Soziales Trainingsjahr
- Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit
- Interkulturelle Netzwerke im Stadtteil (Öffnung der Jugendgemeinschaftswerke)
- Netzwerk und Ehrenamt (nur für den ländlichen Bereich).

Über die Ziele des Programms und die Wege zu seiner effektiven Umsetzung diskutierten auf Einladung der Stiftung SPI („Sozialpädagogisches Institut Berlin – Walter May“), die im Programm als „Regiestelle“ fungiert, kommunale Vertreterinnen und Vertreter von etwa 60 Städten am 7. November in Berlin.

Vor allem die bisherige thematische wie träger- und verbändebezogene Versäulung der Jugendhilfe soll künftig durch eine thematische Querschnittsförderung auf-

gebrochen werden, so Peter Haupt, Staatssekretär im BMFSFJ. Um die positive Entwicklung für Jugendliche in einem bestimmten Sozialraum zu unterstützen, darf die in der Vergangenheit erfolgreiche Arbeit der verschiedenen Träger nicht mehr nur personenbezogen zum Tragen kommen; sie ist vielmehr auf ganze Themenbereiche und Gebiete zu übertragen, in denen die Probleme sich häufen. Deshalb stimmen die Fördergebiete des Programms E & C mit denen des Programms Soziale Stadt überein.

Die Finanzausstattung des Programms beträgt 16 bis 20 Millionen DM für eine Laufzeit von drei Jahren (Kofinanzierung durch ESF-Mittel). Als weitere Ansätze zur Ressourcenbündelung kommen neben dem Programm Soziale Stadt vor allem die Kopplung an den Jugendaustausch bzw. in ländlichen Gebieten an die freiwillige Feuerwehr, die Vereinsförderung und den Tourismus infrage. Das Programm soll, so Staatssekretär Haupt, durch ein neues Programm zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus verstärkt werden, das ebenfalls vorwiegend in den Gebieten der Sozialen Stadt zum Einsatz kommen wird.

Als Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit von E & C und Sozialer Stadt in den Gebieten bieten sich das Quartier- bzw. Stadtteilmanagement sowie die Arbeitsgremien auf Quartiersebene wie Stadtteilkonferenzen und -foren an. Ebenso ist eine Zusammenarbeit aller relevanten Akteure bei Erstellung und Weiterentwicklung des integrierten Handlungskonzepts, welches im Programm Soziale Stadt gefordert wird, sinnvoll.

Mit der wissenschaftlichen Begleitforschung des Programms E & C wurde das Deutsche Jugendinstitut (DJI) beauftragt (vgl. auch: www.dji.de). In den Modellge-

bieten der Sozialen Stadt wird keine zusätzliche „Beforschung“ der E & C-Träger durchgeführt, hier werden die Informationen zwischen dem Difu und dem DJI ausgetauscht. Dabei stehen die folgenden Fragen im Vordergrund: Mit Hilfe welcher Konzepte und Strategien und unter welchen Rahmenbedingungen gelingt es, das Prinzip der Ressourcenorientierung in Bezug auf Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen umzusetzen und die sozialräumliche Vernetzung zu verbessern?

Difu ■

i · m · p · r · e · s · s · u · m

Soziale Stadt *info*

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion:

Dr. Heide Becker (v.i.S.d.P.)
Klaus-Dieter Beißwenger
Christa Böhme

Layout und DTP:

Susanna Mayer

Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe
Soziale Stadt *info*
Telefon: 030 / 390 01-282
Telefax: 030 / 390 01-275
E-Mail: redaktion@sozialestadt.de
Internet: www.sozialestadt.de

Herstellung:

Deutsches Institut für Urbanistik

Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei,
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt *info* wird
auf 100-prozentigem
Recyclingpapier vervielfältigt.



Evaluation und Monitoring in „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“

Am 19. Oktober 2000 fand im nordrhein-westfälischen Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund der Workshop „Evaluation und Monitoring in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ statt. Vertreterinnen und Vertreter des Landes NRW, von Kommunen, aus Wissenschaft und Praxis diskutierten im Plenum und in Arbeitsgruppen grundsätzliche Probleme im Zusammenhang mit der Evaluation: Unterscheidbarkeit interner und externer Effekte, kleinräumige Datenlage, geeignete Indikatoren, mögliche Evaluationsziele.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann von der Humboldt-Universität zu Berlin erläuterte in seinem einleitenden Referat Strategien von Evaluationsansätzen und damit einhergehende konzeptionelle Schlüsselprobleme. Im Zusammenhang mit Evaluationsmethoden betonte er die Bedeutung von Wahrnehmungsforschung in Form von Bürgerbefragungen. Dr. Uwe Neumann vom N.U.R.E.C. Institute Duisburg e.V. stellte ein Konzept zum Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse am Beispiel Duisburg-Marxloh vor.

Dr. Karsten Schreiber, ISOPLAN Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH Saarbrücken, referierte über Programmziele und ihre Messbarkeit durch Indikatoren am Beispiel Saarbrückens. Aus seiner Sicht sollte Evaluation eine prozessbegleitende Maßnahme und keine reine Ergebnisevaluation sein. ISOPLAN hat für die Evaluation von URBAN-Gebieten ein Modell entwickelt, das auf der US-amerikanischen Methode des „Logical Framework“ und der deutschen Adaption der „Zielorientierten Projektplanung (ZOPP)“ basiert.

Thomas Rommelspacher, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags, formulierte Ansprüche an die Evaluation aus der Sicht von Politik und Wissenschaft. Prozessevaluation müsse eine regelmäßige

Überprüfung der ständig wechselnden Problemsicht, sich wandelnder Ressourcen, neuer Handlungsmöglichkeiten, des Integrationsgrads verschiedener Handlungsfelder sowie der Integration von Personen und Institutionen umfassen. Zentral sei die Entwicklung von Antworten auf drei Fragen: Welche Ziele werden für einen Zeitpunkt X formuliert? Welche Ressourcen sind einsetzbar? Wie soll das Quartier nach Ende der Programmlaufzeit (X) – vor allem unter dem Aspekt Selbststeuerungsfähigkeit – aussehen?

In der Arbeitsgruppe „Monitoring-/Stadtteilbeobachtungssysteme“ wurde das niederländische Modell Zwolle vorgestellt, in dem Sozialraumanalyse als „Frühwarnsystem“ für die Stadt betrachtet wird und als sich ständig verändernde Grundlage für Politikintervention dient. Innovativ ist außerdem die ständige Einbeziehung der Bevölkerung bei Zielformulierung und Monitoring zur Stadt(teil)entwicklung. Allerdings stellt sich hier das Problem der Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse vor allem im Zusammenhang mit Fragen der Datenverfügbarkeit.

In der Arbeitsgruppe „Programmziele und ihre Messbarkeit durch Indikatoren“ wurde das Hamburger „Arbeitsbekämpfungsprogramm“ vorgestellt, das als „kollektiver Lernprozess“ verstanden wurde. Dementsprechend stand im Vordergrund der Evaluation der pragmatische Umgang mit Methoden und Instrumenten zur Weiterentwicklung des Programms während der Umsetzung: Es wurden leitfadengestützte Intensivinterviews und Workshops zur permanenten Programmqualifizierung durchgeführt. Ziel der Evaluation war, einen qualifizierten Bericht zu erarbeiten, anstatt „Schulnoten zu vergeben“. Auf die Bildung harter Indikatoren, die sich nicht für die Abbildung der komplexen Zusammenhänge in Stadtteilen eigneten, wurde daher verzichtet. Die Frage, ob in einer

Evaluierung eher qualitative oder quantitative Indikatoren angewendet werden sollten, beherrschte die anschließende Diskussion. In den bisherigen Arbeitsergebnissen von ISOPLAN stehen beide in einem Verhältnis von ungefähr 70 zu 30; dabei gelte: Je qualitativer (Programm-) Ziele formuliert sind, desto qualitativer muss der Evaluationsbericht ausfallen.

Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Frage „Ansprüche an Evaluation – Was kann und soll sie leisten?“ Auch hier stand das Problem geeigneter Indikatoren im Vordergrund. So wurde eine abnehmende Präferenzierung quantitativer Zielsetzungen von der EU- über die Bundes- und Länderebene bis zur kommunalen Ebene festgestellt. Kommunen seien vor allem an neuen Impulsen interessiert, die sich nur schwer quantifizieren lassen. Die Aufgaben von Evaluation auf kommunaler Ebene seien vor allem Controlling (Innenwirkung) und Monitoring (Außenwirkung).

Im Plenum wurde festgestellt, die Grundlage für Evaluation müsse die quartiersbezogene Untersuchung der Ausgangslage sein. Ein Problem der Komplexität von Evaluationsverfahren seien die damit verbundenen Kosten; daher benötige man pragmatische Instrumente, die von Akteuren selbst angewandt werden können; auch müsse Vergleichbarkeit gewährleistet werden. Angesichts vieler offener Fragen bot das ILS an, gemeinsam mit dem Land NRW einen Leitfaden zur Evaluation zu entwickeln. Der im November 2000 erschienene Evaluationsbericht zum nordrhein-westfälischen Landesprogramm mit dem Titel „Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ sei, so ein Vertreter des ILS, eher eine Untersuchung komplexer Projekte im Sinne von „Best Practice“ denn eine „klassische“ Evaluation. Difu ■

Bezug des Evaluationsberichts:
Buchhandel oder ILS, Deutsche Straße 5,
44339 Dortmund (ISBN 3-8176-6166-5, DM 30,-)



„Jetzt geht's los!“ – Aufaktveranstaltung „Soziale Stadt im Leipziger Osten“



Daniel (13) und Thomas (16) gehen gerne in den Jugendclub Rabat, nicht gerne gehen sie jedoch auf ihrem Weg dorthin an dem Treffpunkt der Junkies vorbei, und abends stört sie der dunkle, schlecht beleuchtete Weg nach Hause. Sportmöglichkeiten seien nicht genug vorhanden, die Anlage einer Skaterbahn – dort, wo jetzt noch die Ruine der ehemaligen Fleischerei steht – führt die Wunschliste der beiden Jugendlichen an. Befragt wurden die beiden von der Moderatorin des Podiums „Visionen und Standpunkte – Projekte und Akteure stellen sich vor“ im Rahmen der Auftaktveranstaltung „Soziale Stadt“ am 6. Oktober 2000 im Jugendclub Rabat, Leipziger Osten. Dorthin waren auf Einladung der Stadt Leipzig und des Deutschen Instituts für Urbanistik rund 150 Personen – engagierte Bürgerinnen und Bürger, Hauseigentümer, Gewerbetreibende, Vertreter sozialer, kirchlicher und schulischer Einrichtungen sowie Akteure aus der Verwaltung – gekommen. Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Wolfgang Tiefensee. Die Grundidee des Programms sei, verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten kombiniert zu nutzen und innovative Projekte zu entwickeln, die auch für andere Städte im Land Sachsen modellhaft sein können.

Dr. Michael Feist, Ministerialdirektor im Sächsischen Staatsministerium des Innern, betonte, dass die soziale Stadtteilentwicklung im Leipziger Osten im gesamtstädtischen Zusammenhang gesehen werden müsse. Ebenfalls wichtig sei der Erfahrungsaustausch zwischen den am Programm beteiligten Städten auf Landes- wie auf Bundesebene. Der Leiter des Amtes für Stadtansanierung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig, Karsten Gerkens, sieht die Mit-

wirkung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner als wesentlichen Faktor für die erfolgreiche Umsetzung des Programms. Auch sei eine stärkere Koordination der Aktivitäten im Stadtteil notwendig: „Vieles läuft noch nebeneinander, ohne dass man voneinander weiß.“ Unterstützung und Beratung aller für die Programmumsetzung relevanten Akteure bietet das Deutsche Institut für Urbanistik unter anderem durch Vermittlung von Erfahrungen aus anderen Modell- und Programmgebieten an, so Christa Böhme und Thomas Franke vom Difu, die mit der Programmbegleitung vor Ort (PvO) betraut sind.

Petra Hochtritt und Andreas Kaufmann stellten sich als Stadtteilmanagement Leipziger Osten vor, das die Programmumsetzung „Soziale Stadt“ in der Verwaltung und im Modellgebiet koordiniert. für Ende November 2000 kündigten sie die erste Sitzung des Forums Leipziger Osten an, das als Arbeits-, Diskussions- und Beteiligungsplattform für alle interessierten Akteure dienen soll.

In der Pause hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, sich bei Rap-Musik aus dem Quartier anhand der Ausstellung „Soziale Stadt im Leipziger

Osten“ über die bislang von der Stadt angestoßenen Projekte zu informieren und an Stelltafeln Themen- und Projektvorschläge sowie ihre Meinungen, Fragen und Ideen einzubringen.

Im zweiten Teil der Veranstaltung stellten sich – moderiert von Kathrin Rieger-Genennig, Büro ZAROF – Projekte und Akteure mit ihren Visionen und Standpunkten vor: die beiden bereits genannten Jugendlichen, der Quartiermanager aus dem Ortsteil Volkmarisdorf (Matthias Schirmer), ein Vertreter der Händlerinitiative Eisenbahnstraße (Herr Müller), der Leiter des Interkulturellen Kontaktbüros (Dr. Christoph Lang) sowie eine Vertreterin der Quartiersgenossenschaft am Neustädter Markt (Dr. Sonja Menzel). Die Podiumsbeiträge zeigten, dass im Leipziger Osten noch Koordinations- und Kommunikationsbedarf besteht und einige Maßnahmen und Aktionen noch auf größere Akzeptanz vor Ort stoßen müssen. Vor allem aber ist das große Interesse und Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner für ihren Stadtteil deutlich geworden – die letzten diskutierten noch, als die Veranstaltung längst beendet war. Ausführlich ist die Auftaktveranstaltung in einer von der Stadt Leipzig herausgegebenen Broschüre dokumentiert. *Difu* ■

Bezug: Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig, Prager Str. 26, 04092 Leipzig, Telefon 0341/123 54 54 (Frau Hochtritt), Telefax 0341/123 54 44.

Fotos: Wolf-Christian Strauss



Veranstaltungen auf Landesebene

Soziale Stadt in Bayern – Offizieller Programmauftakt

Am 15. und 16. November 2000 fand im Neuen Museum für Kunst und Design in Nürnberg die zweiteilige Auftaktveranstaltung des Freistaates Bayern zum Bundesländer-Programm Soziale Stadt im Rahmen der Initiative „Bayerische Innenstädte: attraktiv – lebenswert – unverwechselbar“ statt.

Im Programmjahr 2000 sind 22 bayerische Gemeinden mit 28 Gebieten im Programm Soziale Stadt vertreten. Das Fördervolumen umfasst in diesem Zeitraum rund 43 Millionen DM. Der Freistaat strebt eine Bündelung der Ressourcen auf allen Ebenen an und versucht ein neues Denken bei den Entscheidungsträgern und in den kommunalen Verwaltungen zu fördern, wie der Leiter der Obersten Baubehörde, Herr Schneider, in seinem Eröffnungsbeitrag betonte. Bayern wird das Programm auf Landesebene durch eine Begleitforschung ergänzen und eine extern moderierte regelmäßig tagende Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Städte ins Leben rufen.

Der ehemalige Leiter der IBA Emscher Park, Prof. Dr. Karl Ganser, formulierte in seinem Beitrag mehrere „Standards“ für eine soziale Stadterneuerung. Es müsse gegenüber der baulich-räumlichen Aufwertung deutlich mehr Gewicht auf die sozialen Aspekte der Stadterneuerung gelegt werden: „Soziale Probleme lösen heißt: Aktivierung zur Selbsthilfe.“ Erforderlich für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt seien neben einer Veränderung von Wertmaßstäben die Bildung einer „ressortübergreifenden Konstellation“, um fallbezogen „Ausnahmen“ regeln zu können, in einem gewissen Umfang „freies Geld“ (z.B. Verfügungsfonds) sowie eine stabile lokale Organisation zur Vertrauensbildung.

Vorträge von Dr. Rolf-Peter Löhr (Bundesweite Erfahrungen aus der Programmbegleitung), Prof. Dr. Karolus Heil (Soziale

Problemlagen in den Quartieren und Bürgerengagement) und Dr. Christof Vitali (Bürgermahe Kultur in den Quartieren) führten die zahlreichen Anwesenden näher an Fragestellungen und Aufgaben des Programms Soziale Stadt heran. Hans-Joachim Schlößl, der Leiter des Amtes für Wohnen und Stadterneuerung der Stadt Nürnberg, stellte die Nürnberger Projekte zum Programm Soziale Stadt vor, zu denen am Nachmittag auch Exkursionen angeboten wurden.

Am zweiten Tag wurden die angesprochenen Themen im Rahmen der ergänzenden Veranstaltung „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt – Erfahrungen mit dem Quartiermanagement und der Sozialplanung“, die vom Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, München (ISW) ausgerichtet wurde, vertieft.

Im Rahmen dieser Folgeveranstaltung stellte Dr. Heidede Becker Daten zur Gebietskulisse des Programmjahrs 1999 auf Basis einer ersten Auswertung der vom Difu durchgeführten Befragung dar und berichtete über die Diskussionsschwerpunkte des Impulskongresses zum Quartiermanagement in Leipzig (vgl. Seite 5).

Prof. Dr. Reiner Staubach von der Universität Paderborn betonte in seinem Beitrag, dass es in der Umsetzung des Programms vor allem um einen Qualitätssprung durch mehrdimensionale Projekte mit ebensolchen Zielen geht und an den benachteiligten Bedingungen angesetzt werden muss. Dies erfordere „Multitalente mit ‚Multitasking-Funktionen‘ und -kompetenz, ohne Leitkulturfixierung“ sowie multikulturelle, strategische, wirtschaftliche, intermediäre und unter Umständen Ortskompetenz.

Nach einführenden Anmerkungen zu den inhaltlichen Schwerpunkten durch Andreas Distler von der Obersten Baubehörde in

München begann der „Dialog“ der bayerischen mit anderen Städten zur Sozialen Stadt: In drei Arbeitsgruppen wurden nach Impulsreferaten aus jeweils drei bayerischen und einer Kommune aus einem anderen Bundesland verschiedene Schwerpunktthemen und Erfahrungen diskutiert. Im Mittelpunkt standen dabei die Zukunft des Programms, die Verstetigung seines Ansatzes, die Änderung von Verhalten und Sichtweisen der Beteiligten sowie Strategien zur Entwicklung langfristiger tragfähiger Strukturen in den Gebieten der Sozialen Stadt. *Difu* ■

Zwickau: Veranstaltung zur sozialen Stadtentwicklung in Sachsen

Am 27. September 2000 fand in Zwickau im Rahmen der „Tage der Städtebaulichen Erneuerung in Zwickau/10 Jahre Städtebauliche Erneuerung im Freistaat Sachsen“ eine Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziokultur Sachsen e.V. und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern unter dem Titel „Konzepte und Theorien sozialer Stadtentwicklung“ statt. Ort der Veranstaltung war der „Alte Gasometer“, dessen Umgestaltung und Ausbau zum Kulturzentrum eines der zentralen Projekte im Rahmen der URBAN-Förderung in Zwickau war und der damit auch ein anschauliches Beispiel für die Umsetzungsmöglichkeiten des Programms Soziale Stadt bietet.

Dr. Michael Feist vom Sächsischen Staatsministerium des Innern betonte in seinem Grußwort die Bedeutung der vor allem stadtteilorientierten, generationenübergreifenden und meist ehrenamtlichen Arbeit der in der LAG Soziokultur zusammengeschlossenen Vereine. Stadtentwicklung beschränke sich nicht nur auf den investiven Baubereich, sondern stelle eine Verzahnung vieler Themen- und Handlungsfelder dar. Die Einbindung der LAG Soziokultur solle zusätzlich Impulse

von außen in das Programm bringen und Prozesse „von unten“ in Gang setzen.

Prof. Dr. Konrad Maier von der Evangelischen Fachhochschule Freiburg vermittelte in seinem Beitrag die langjährigen Erfahrungen mit Quartiermanagement im Freiburger Stadtteil Weingarten und im Neubaugebiet Rieselfeld. Im Rieselfeld war bereits bei Beginn der Baumaßnahmen ein Quartiermanagement als Anlaufstelle eingerichtet worden. Zu den Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit eine Neubausiedlung (auch) sozial „gelingen“ kann, gehören demnach:

- der Aufbau von Kommunikationsstrukturen und -möglichkeiten,
- die Entwicklung eines Systems der gegenseitigen Hilfe,
- die Ausarbeitung von Regeln für ziviles Verhalten im Stadtteil,
- der Aufbau einer Soziokultur,
- die Mitbestimmung über die Ausgestaltung des Wohnumfelds/Stadtteils,
- die Identifikation mit dem Quartier.

Über die Entwicklung von Projekten, deren finanzielle Tragfähigkeit und die Schaffung selbsttragender Strukturen im Rahmen des Programms „Initiative ergreifen“ berichtete Joachim Boll von der IBA Emscher Park. Trotz „Integrierter Handlungskonzepte“ in den nordrhein-westfälischen Kommunen gebe es nur wenige tatsächlich integrierte Programme, da in den Schwerpunktbereichen häufig nebeneinander her agiert werde. Hier habe „Initiative ergreifen“ angesetzt und sich an kleine engagierte Projektinitiativen gerichtet, um dort ein eher unternehmerisches Denken mit Blick auf den „Überschussnutzen“ für den Stadtteil zu fördern.

Anja Stephan vom Büro für Freie Kultur- & Jugendarbeit e.V. in Dresden betonte in ihrem Beitrag, wie wichtig Kinder und Jugendliche als Akteure im Stadtteil sind und wie sehr entsprechende Partizipationsmöglichkeiten deren Identitätsfindung beeinflussen. Jugendliche könnten politische Entscheidungen in aller Regel nicht direkt mitbestimmen, gleichzeitig werde ihnen aber vorgeworfen, an Politik desinteressiert zu sein. Durch Projekte auf „ihrer Au-

genhöhe“ könnten Kinder und Jugendliche in ihrem eigenen Sozialraum lernen, sich mit ihrem Stadtteil und den Interessen anderer auseinander zu setzen. Die Projekte müssten allerdings überschaubar sein, Möglichkeiten bieten, sich „ohne Vorwurf“ zurückzuziehen, und Erfolgserlebnisse vermitteln. *Difu* ■

Dritte Tagung der Arbeitsgemeinschaft sächsischer Städte „Die soziale Stadt“

Zu ihrer dritten Tagung kam am 8. November 2000 die Arbeitsgemeinschaft (AG) sächsischer Städte „Die Soziale Stadt“ in Bautzen zusammen.

Eröffnet wurde die Tagung durch den Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, Herrn Schramm, und den Beigeordneten für Bauwesen der Stadt Bautzen und Vorsitzenden der AG, Herrn Hesse. Prof. Dr. Konrad Maier von der Evangelischen Fachhochschule Freiburg i.Br. referierte anschließend zum Thema „Der Aufbau einer tragfähigen Alltagskultur als Voraussetzung für die soziale Stadt – Quartiersmanagement“. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Vorstellung und Beratung von Positionspapieren der AG zum Stadtteilmanagement, zur Öffentlichkeitsarbeit, zur verwaltungsinternen Zusammenarbeit sowie zur Einrichtung eines Budgets bzw. Fonds. Darüber hinaus wurde der Beitrag des Wohnungsbaus zum Gesamtanliegen der Sozialen Stadt diskutiert.

Der Arbeitsgemeinschaft gehören folgende Städte an: Bautzen, Chemnitz, Dresden, Ebersbach, Glauchau, Johannegeorgenstadt, Leipzig, Reichenbach (Vogtland), Schwarzenberg, Weißwasser, Zittau und Zwickau. Bei den AG-Sitzungen ebenfalls ständig vertreten sind das Sächsische Staatsministerium des Innern sowie die drei Regierungspräsidien Chemnitz, Leipzig und Dresden. *Difu* ■

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft ist zu erreichen unter: Stadtverwaltung Bautzen, Beigeordneter für Bauwesen, Postfach 1109, 02607 Bautzen, Telefon: 03591/53 42 51, Telefax: 03591/53 43 05.

„Schrumpfungsprozesse planen, Städte umgestalten“ – Fachtagung der Landesarbeitsgemeinschaft „Soziale Stadt“ Thüringen

Am 15. November 2000 fand in Erfurt die zweite Fachtagung der Landesarbeitsgemeinschaft „Soziale Stadt“ statt, zu der das Thüringer Innenministerium eingeladen hatte. Beteiligt waren Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Ministerien, der thüringischen Programmgebiete, der Wohnungsbauunternehmen und des Difu. Auf der Tagesordnung der Veranstaltung standen Informationen über die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung in Thüringen, Statements aus den vertretenen Landesressorts zur Integrationsmöglichkeit ihrer Förderungsprogramme in die Gesamtkulisse „Soziale Stadt“ sowie Berichte der Kommunen zum Umsetzungsstand des Programms.

Das Innenministerium informierte über Probleme der Stadtentwicklung angesichts der demographischen Entwicklungen in Thüringen: Einwohnerverluste und Wanderungsbewegungen verursachen massive Wohnungsleerstände vor allem in den Plattenbaugebieten. Aus diesem Grund bildet für die Landesebene das Thema sozialverträglicher Rückbau einen Schwerpunkt bei der Umsetzung des Programms Soziale Stadt. Die Devise lautet: „Schrumpfungsprozesse planen, Städte umgestalten“. In Thüringen wird das Programm Soziale Stadt daher als Aufstockung der Städtebauförderung verstanden und nicht nur auf „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ bezogen.

Die auf der Veranstaltung neben dem Innenministerium vertretenen Landesressorts für Wissenschaft, Forschung und Kunst, für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur sowie für Soziales, Familie und Gesundheit informierten über Möglichkeiten der Bündelung verschiedener Förderungsmittel im Rahmen integrierter Handlungskonzepte. Von Landesseite wurden eine stärkere ressortübergreifende Zusammenarbeit in den Kommunen und – im Fall der Jugendhilfe – eine stärkere Ein-

bindung in lokale Beteiligungsstrukturen gefordert. Aus kommunaler Sicht wurden die Unabgestimmtheit von Förderrichtlinien und ein teilweise schleppender Mittelfluss nach Abschluss von Antragsverfahren kritisiert. Zur Verbesserung der Mittelbündelung wird auf Landesseite eine Kabinettsvorlage erwogen, die kommunalen Vertreter forderten darüber hinaus die Bildung einer interministeriellen Arbeitsgruppe.

Schwerpunkt der Berichte aus den Programmgebieten war – neben der Darstellung verschiedener Maßnahmen und Projekte, die aus dem Programm Soziale Stadt gefördert werden – die Frage, wie Quartiermanagement finanziert und über einen mittelfristigen Zeitraum mit qualifiziertem, fest angestelltem Personal ausgestattet werden kann, das vor allem vor Ort präsent ist. Zu diesem Thema scheint in Thüringen noch erheblicher Informations- und Abstimmungsbedarf zu bestehen. Die dritte Fachtagung der Landes-AG „Soziale Stadt“ findet Anfang 2001 statt.

Difu ■

Berlin: Evaluation des „Quartiersmanagements“ beginnt

In Berlin hat das Evaluationsverfahren für das dreijährige Pilotvorhaben Quartiersmanagement des Berliner Senats begonnen. Das von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit der Evaluation beauftragte Institut empirica stellte auf einer Veranstaltung zum Quartiersmanagement am 24. November Methode und Verfahren vor. Ziel der Evaluation ist eine Wirksamkeitskontrolle der dreijährigen Pilotphase in 15 Gebieten. Sie dient zudem der Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen für die Politik, der praktischen Unterstützung bei der Durchführung sowie der Optimierung der Strukturen, Abläufe und Rahmenbedingungen des Programms. Die Evaluation ist konzipiert als Mix aus Begleitforschung und Erfolgskontrolle (Ex-post-Evaluation) mit den drei Elementen Zielanalyse, Prozessevaluation und Ergebnisevaluation. Im Rahmen der Zielanalyse sollen die generellen Ziele des Berliner Programms Quartiersmanage-

ment und ebenso die in jedem Quartiersmanagementgebiet erarbeiteten gebiets-spezifischen Entwicklungsziele und Handlungsstrategien bewertet werden. Dazu gehören die Diskussion zentraler Handlungsfelder, die Identifizierung der Hauptaufgabenbereiche sowie die Beratung zu einzelnen Strategien und Maßnahmen. Bei der Prozessevaluation geht es um das „Wie“ des Quartiersmanagements. Im Vordergrund stehen hier Abläufe, Entscheidungsprozesse, eine Stärken-Schwächen-Analyse sowie Optimierungsvorschläge. Bei der Ergebnisevaluation schließlich sollen Indikatoren zur Beurteilung der Wirkung entwickelt werden. Besonderer Wert wird in Berlin auf die Rückkopplung der Evaluationsergebnisse in die Quartiersmanagementteams, aber auch in die Verwaltung und zu den lokalen Akteuren gelegt.

Difu ■

Kontakt:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Heidrun Nagel, IA 21, Tel. 030/9025-13 70, Fax -13 02, E-Mail: heidrun.nagel@senstadt.verwalt-berlin.de
empirica GmbH, Stefan Geiss, Tel. 030/884 795-15, Fax -17, E-Mail: stefan.geiss@empirica-institut.de

k · u · r · z · m · e · l · d · u · n · g · e · n

Von anderen lernen – Fachtagung im Saarland zur Sozialen Stadt zeigte Beispiele einer „guten Praxis“

Bereits zum siebten Mal veranstaltete der 1991 gegründete Arbeitskreis Alternative Arbeitsmarktpolitik, in dem neben dem Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik der Landeshauptstadt Saarbrücken auch die Arbeitskammer, die Koordination saarländischer Arbeitsloseninitiativen sowie weitere in der Beschäftigungspolitik aktive Institutionen mitarbeiten, am 10. November 2000 ein Symposium zu aktuellen Themen der Beschäftigungspolitik. In diesem Jahr diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Bundesländern mit saarländischen Fachleuten Konzepte zur Verbesserung der Situation in benachteiligten städtischen Gebieten. Ein Beispiel für einen breit angelegten Beteiligungsprozess stellten Godehard Neumann von der Wirtschaftsförderung der Stadt Nürnberg und der Unternehmensberater Bernhard Berning aus der

Nürnberger Südstadt vor. Dort ist es gelungen, nicht nur 200 Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung zu beteiligen, sondern auch gut zwei Dutzend Unternehmer für die Übernahme aktiver Entwicklungspartnerschaften zu gewinnen. Dabei habe man sich sehr erfolgreich und motivationsfördernd der Methode der „Zukunftswerkstatt“ bedient. Sie sei ein gutes Instrument, um die „Mauer des Misstrauens“, die häufig die Politik und die Verwaltung von den Bürgern trennt, zu überwinden.

Stefan Kanter von der Stiftung Mitarbeit berichtete zum Thema „Partizipation“, wie es mit Hilfe von „Zukunftswerkstätten“ und „Planungszellen“ gelang, die Bürgerschaft als Korrektiv der klassischen Stadtplanung in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Zum Thema „vertikale Kooperation“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen beschrieben Karl Jasper, Referatsleiter im nordrhein-westfälischen Städtebauministerium,

und Anke Gorres von der Duisburger Entwicklungsgesellschaft sehr plastisch, wie sich Land und Kommunen auf der Grundlage des seit mehreren Jahren existierenden Landesprogramms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ inhaltlich und verwaltungstechnisch abstimmen und damit einen Großteil der üblichen Schnittstellenprobleme vermeiden. In der abschließenden Podiumsdiskussion kam zum Ausdruck, dass es zur Verwirklichung ressortübergreifender, integrierter Ansätze noch immer einige Verwaltungs- und „Sprachbarrieren“ zu überwinden bzw. zu vermeiden gilt. Dabei wolle man in Zukunft verstärkt auf die Erfahrungen in anderen Bundesländern bis hin zu jenen aus der Gemeinschaftsinitiative URBAN zurückgreifen.

Arbeitskreis
Alternative Arbeitsmarktpolitik ■
(redaktionell gekürzt)

Weitere Informationen: Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik, Rathaus St. Johann, 66104 Saarbrücken, Tel.: 0681/905-17 42, Fax: 905-19 24, E-Mail: kommarbeit@saarbruecken.de

Fachtagung in Freiburg i.Br. zur innovativen Stadtteilentwicklung

Am 3. November 2000 fand in Freiburg i.Br. eine ganztägige Fachtagung mit dem Titel „Innovative Stadtteilentwicklung – Förderung des sozialen Lebens durch Gestaltung des (halb-)öffentlichen Raumes in Stadtteilen der 60er und 70er Jahre“ statt. Veranstalter waren das Forum Weingarten 2000 e.V. und die Evangelische Fachhochschule Freiburg. Eine Difu-Vertreterin hielt einen Vortrag „Bund-Länder-Programm Soziale Stadt – ein neuer Schub für integrative Konzepte der Stadtteilentwicklung?“. Den Abschluss bildete eine lebhaft Podiumsdiskussion unter der Fragestellung: „Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung – Chance oder Widerspruch?“ Die Veranstaltung wird derzeit dokumentiert.

Der Stadtteil Weingarten, erbaut in den 60er-Jahren, ist geprägt durch sozialen Wohnungsbau und sein negatives Image



als „sozialer Brennpunkt“. Das Forum Weingarten 2000 e.V. ist ein von engagierten Bewohnerinnen und Bewohnern getragener Verein, der sich seit 1989 aktiv für das Gemeinwesen einsetzt und das Stadtteilbüro unterhält. Seine Hauptziele sind die Bürgerbeteiligung und die Förderung von Eigeninitiative und Selbsthilfe.

Das Forum wirkt in großem Umfang an der sozialen, baulichen, infrastrukturellen und kulturellen Gestaltung des Stadtteils mit und ist Ansprechpartner für Politik und Verwaltung sowie Vermittler und Moderator für Entwicklungsprozesse in der Siedlung. Auch wenn der Stadtteil nicht im Programm Soziale Stadt gefördert wird, wird hier sehr viel im Sinne dieses Programms umgesetzt. 1999 wurde eine Dokumentation „10 Jahre sind nicht genug. Gemeinwesenarbeit des Forums Weingarten 2000 e.V. und seiner Stadtteilbüros“ herausgegeben. Difu ■

Ansprechpartner/in vor Ort:
Gabi Rimmelme und Gerald Lackenberger,
Forum Weingarten 2000 e.V., Krozingerstr. 11,
79114 Freiburg, Tel.: 0761/4 66 11, Fax: 476 49 11,
E-Mail: forum.weingarten@gmx.de

Sitzung der Kommission „Frauen in der Stadt“ des Deutschen Städtetages

Am 16. und 17. November 2000 fand in Aachen eine Sitzung der Kommission „Frauen in der Stadt“ des Deutschen Städtetages (DST) statt. Wesentlicher Tagesordnungspunkt war das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt; hierzu legte eine Difu-Vertreterin den aktuellen Sachstand dar. Nach einer ausführlichen Diskussion, insbesondere über die Belange von Frauen und Mädchen in den benachteiligten Quartieren, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die ein Papier erarbeiten soll, um Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit (Stichworte: Gender Planning, Gender Mainstream, Einhaltung des Gender-Konzepts) in diesem Bereich klar zu akzentuieren. Difu ■

Zuständig für diese Kommission beim DST:
Rosie Scheer, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin,
Tel.: 030/3 77 11-120, Fax: 030/3 77 11-109,
E-Mail: rosie.scheer@staedtetag.de
Vorsitzende der Kommission „Frauen in der Stadt“:
Kirsten Müller-Lehnen,
Frauenbüro der Stadt Aachen, Postfach 12 10,
52058 Aachen, Tel.: 0241/432-74 68



Ja, ich möchte Soziale Stadt info künftig erhalten (Bezug kostenlos)

Vorname und Name:

Dienststelle/Institution:

Adresse:

Telefon: / Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift/Stempel:

Bitte weiterleiten an: Deutsches Institut für Urbanistik · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin
Telefax: 030 / 390 01-128